



Presseinformation – 235/3/2014

28.03.2014
Seite 1 von 2

Ministerin Löhrmann: Jugendliche brauchen mehr Verbraucherbildung und ökonomische Bildung

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

presse@stk.nrw.de
www.nrw.de

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung mit:

Schulministerin Sylvia Löhrmann hat sich erfreut gezeigt über die breite Zustimmung im Landtag, die Verbraucherbildung und ökonomische Bildung in den Schulen zu stärken. „Die Schule soll junge Menschen auf die verschiedenen Rollen, die sie in der Gesellschaft und im Wirtschaftsleben einnehmen, vorbereiten“, sagte Schulministerin Sylvia Löhrmann. „Deshalb wollen wir, dass Schülerinnen und Schüler in der Schule die Perspektiven von Unternehmerinnen und Unternehmern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von Verbraucherinnen und Verbrauchern kennen lernen.“

Schulministerin Sylvia Löhrmann kündigte ein fächerübergreifendes Leitprojekt zur Verbraucherbildung an. „Wir wollen die Schulen dabei unterstützen, das Thema Verbraucherbildung in verschiedenen Fächern wie Politik, Erdkunde, Biologie einzubinden“, erklärte die Ministerin. Dazu werden entsprechende Handreichungen erarbeitet. Außerdem wird der sogenannte Lehrplannavigator, der Beispiele für schulinterne Lehrpläne sowie ergänzende und unterstützende Hinweise und Materialien für den Unterricht enthält, um ein praxisorientiertes Angebot „Verbraucherbildung“ erweitert. „Darüber hinaus wird zeitnah geklärt, wie wir das jetzige Fach Hauswirtschaft um Aspekte der Verbraucherbildung erweitern“, so Löhrmann. Zu einem späteren Zeitpunkt soll dann die Festschreibung der Themen Verbraucherbildung und ökonomische Grundbildung in den Kernlehrplänen erfolgen.

Darüber hinaus kündigte Schulministerin Sylvia Löhrmann als Konsequenz aus dem Modellversuch Wirtschaft an Realschulen an, dass alle Realschulen ab dem kommenden Schuljahr 2014/15 ein Wahlpflichtfach „Politik/Ökonomische Grundbildung“ ab Klasse sieben anbieten können.

Schulministerin Löhrmann dankte den Schulen, die den Modellversuch Wirtschaft an Realschulen engagiert mitgestaltet haben. Der Modellversuch habe gezeigt, dass die ökonomische Bildung ein wichtiger Teil der schulischen Bildung sei. Die Abschlussberatungen des Beirats und der Abschlussbericht hätten jedoch in der Frage nach einem eigenständigen Fach Wirtschaft an Realschulen ein uneinheitliches Bild ergeben. „Bei der Frage nach einem eigenständigen Fach Wirtschaft an Realschulen müssen wir auch die Stundentafeln im Blick haben, die wir nicht beliebig ausweiten können. Die Einführung eines neuen Wahlpflichtfachs leistet vor diesem Hintergrund einen angemessenen Beitrag zur Stärkung der ökonomischen Bildung an der Realschule. Letztendlich entscheiden somit die beteiligten Schulen und die Schülerinnen und Schüler, ob sie ein solches Angebot machen bzw. annehmen“, so die Ministerin.

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Schule und Weiterbildung Telefon 0211 5867-3505.

Dieser Presstext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung <http://www.nrw.de>